

Bern, Juli 2023

Protokoll des Parteitages



Datum Mittwoch, 10. Mai 2023 19.15 –
Zeit 22.30
Ort, Raum Hotel Bern, Bern
Präsenz 104 Stimmberechtigte Personen
Absolutes Mehr 53 Stimmen
Protokollführung Zora Schindler

1	Eröffnung und Begrüssung	2
2	Wahlen zum Parteitag.....	3
2.1	Stimmenzähler:innen.....	3
2.2	Mandatsprüfungskommission.....	3
2.3	Wahlbüro	3
2.4	Tagesbüro	3
3	Genehmigungen	3
3.1	Tagesordnung	3
3.2	Geschäftsordnung	3
3.3	Protokoll des Parteitages vom 01.02.2023.....	3
4	Ständeratswahlen 2023	4
5	Nationalratswahlen 2023	4
6	Elternzeitiinitiative	5
7	Parolen Abstimmungen 18.06.2023.....	6
7.1	OECD-Mindeststeuer.....	6
7.2	Klimaschutzgesetz	6
7.3	COVID-19-Gesetz	7
7.4	Kantonale Schuldenbremse	7
8	Finanzgeschäfte	8
8.1	Bericht Geschäftsprüfungskommission	8
8.2	Jahresrechnung und Bilanz 2022	8
8.3	Finanzplan 2024-26 und Festsetzung der Mitgliederbeiträge	8
9	Geschäftsprüfungskommission	9
10	Resolutionen	9
11	Verschiedenes.....	10
12	Schluss des Parteitages	10

1 ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

Co-Präsident **Ueli Egger** eröffnet den Parteitag

«Liebe Genossinnen, Genossen, alle dazwischen und ausserhalb

Chères et chers camarades

Werte Gäste

Ich begrüsse euch alle zu unserem heutigen Parteitag, und es freut mich sehr, dass ihr so zahlreich anwesend seid. Besonders herzlich begrüsse ich natürlich unseren heutigen Gast Bernhard Pulver. Bernhard Pulver wird uns unter Traktandum 4 zusammen mit Flavia Wasserfallen darlegen, wie wir, die SP, zusammen mit unseren langjährigen Verbündeten und Freunden, den Grünen, gemeinsam mindestens unseren linken (oder wie die Presse sagt: „progressiven“) Ständeratssitz verteidigen werden, oder sogar - erstmals in der Geschichte - beide Ständeratssitze unseres Kantons für Rot-Grün gewinnen können.

Beim Vorbesprechen unserer Eröffnungsreden stellten Anna und ich fest, dass wir diesen Abend locker füllen könnten mit Rückblicken auf Ereignisse wie das CS-Debakel, Spitalschliessungen, Fachkräftemangel oder Rentenklau. Aber es ist unser Anspruch, es muss der Anspruch unserer SP Kanton Bern sein, dass wir nicht rückwärts schauen und uns brüsten, dass wir schon immer die besseren Rezepte gehabt hätten als die Bürgerlichen, sondern dass wir vorwärtsschauen und dafür kämpfen, dass unsere Rezepte für die Gestaltung einer solidarischeren Zukunft Gehör und Mehrheiten finden.

Mit der Elternzeitinitiative haben wir ein solches zukunftsweisendes Projekt im Köcher. Mit dem Sammeln von Unterschriften für einen fairen Teuerungsausgleich und für faire Mieten ergreifen wir Partei für jene Menschen, welche ihren Lebensunterhalt mit oft harter Arbeit verdienen. Und in den nationalen Abstimmungen engagieren wir uns für einen griffigeren Klimaschutz und eine vernünftige Verteilung der Gelder aus der OECD-Mindeststeuer.

En bref. Le PS du Canton de Berne n'est pas du tout satisfait en constatant qu'on aurait eu les recettes pour éviter les problèmes actuelles. Nous devons et nous voulons marquer et façonner la politique de notre pays et de notre canton.

Je suis très content et motivé de chercher et de discuter avec vous des solutions pour un bon avenir du canton de Berne. Pour réussir à réaliser ces idées, il nous faut une gauche forte et unie. et nous devons gagner les élections nationales de cette année!

Je vous remercie de votre attention et de votre soutien en rendant la parole à Anna »

Co-Präsidentin **Anna Tanner** freut sich, dass wir in einer engagierten Partei sind. Wir hatten vor ein paar Wochen das Treffen mit unseren Nationalratskandidierenden, die ebenfalls sehr motiviert sind. Heute hören wir noch einmal von der tollen Basiskampagne, Apéros als Wahlkampf: so verbinden wir das schöne mit dem wichtigen. Anna ruft alle auf, mitzumachen und diese Anlässe zu nutzen für einen aktiven und erfolgreichen Wahlkampf.

Auch die Elternzeit-Initiative, zeigt, was wir als Partei erreichen können. Aktuell laufen sehr viele Anlässe in den Sektionen.

Und nicht zuletzt zeigen wir uns auch an der BEA: Ein grosser Dank an alle Helfer:innen. Anna war ebenfalls am Stand und sah rote Ballone und glückliche Kinder allüberall. Kurz: Wir sind präsent, wir sind da und das ist schön

Wir äussern uns auch zum sehr aktuellen Thema Spitallandschaft im Kanton Bern. Am Tag der Pflege am 12. Mai wir die Kantonalpartei verschiedene Themen aufnehmen, insbesondere jetzt nach den

Schliessungsankündigungen. Wir wollen eine gute Gesundheitsversorgung in allen Regionen, und bezahlbare Prämien. Heute ist das Gesundheitspersonal am Limit. Wir fordern, dass die Pflege-Initiative endlich konsequent umgesetzt wird. Es kann nicht sein, dass Spitäler auf Patient:innen- und Personalkosten Profit erzielen.

In diesem Sinn wünscht Anna allen anwesenden gute Gesundheit und einen inspirierenden Parteitag.

2 WAHLEN ZUM PARTEITAG

2.1 Stimmenzähler:innen

Es werden nominiert und gewählt:

Tischreihe	Stimmenzähler:in	Ersatz
Tischreihe 1 und Podium	Bernhard Bachmann	Martin Walser
Tischreihe 2	Katharina Ali	Mario Rothacher
Tischreihe 3	Pia Neuhaus	Mirjam Veglio
Tischreihe 4	Christoph Salzmann	Regula Feldmann
Tischreihe 5	Karim Saïd	Théo Brand

2.2 Mandatsprüfungskommission

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Katrin Meister, Regina Fuhrer-Wyss (beide GPK) sowie Karin Amatucci (Sekretariat).

2.3 Wahlbüro

Stimmenzählende und David Stampfli

2.4 Tagesbüro

Das Tagesbüro wird gemäss Statuten eingesetzt und besteht aus PL und Stimmenzählenden.

3 GENEHMIGUNGEN

3.1 Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

3.2 Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

3.3 Protokoll des Parteitages vom 01.02.2023

Das Protokoll wird genehmigt.

4 STÄNDERATSWAHLEN 2023

Ueli Egger freut sich über diesen ersten Höhepunkt: Flavia Wasserfallen und der Kandidat der Grünen, Bernhard Pulver, kommen nun beide zu Wort. Wie üblich unterstützen die beiden Parteien ihre Kandidierenden gegenseitig. So können wir gemeinsam mindestens einen linken und progressiven Sitz erzielen.

Bernhard Pulver freut sich über die Einladung und darauf, mit Flavia zu kandidieren, mit der er schon lange zusammengearbeitet hat. Ihm geht es mit seiner Kandidatur um den Green Change, um Klimaschutz, Sozialen Ausgleich von Benachteiligten und um den Service Public.

Als Regierungsrat will er sich für einen Lohnanstieg beim Kantonspersonal und der Lehrpersonen einsetzen, er ist ein engagierter Partner für soziale Anliegen. Er kämpft für mehr Gleichstellung in der Gesellschaft und für mehr Diversity. Er als schwuler Mann und Flavia als Familienfrau mit Kindern in der Ausbildung: wie können wir Gleichstellung besser repräsentieren.

Wenn rot-grün zusammenarbeiten, können wir vieles Erreichen, das ist seit dem Bestehen der Grünen vor 40 Jahren so und gilt auch für die Ständeratswahlen. Bernhard Pulver will nicht einen Sitz der SVP überlassen, dafür sind die Themen zu dringlich. Das Ziel müssen zwei rot-grüne Sitze sein, darum ist er froh, gibt es zwei starke rot-grüne Kandidaturen.

Flavia Wasserfallen hat vor einer Woche am 1. Mai auf dem Bundesplatz gesprochen, das Bundeshaus im Rücken, die Menschen vor ihr. Sie hat das Gefühl, dass viele Politiker:innen den Menschen den Rücken kehren, das ist stark spürbar: Die Renten sind zu tief und die bürgerliche Mehrheit zimmert eine Abbau-Vorlage für die zweite Säule. Die Pläne für eine Erhöhung des Rentenalters für alle ist, direkt nach der Erhöhung für die Frauen, bereits in Planung. Oder dort: die Reallöhne sinken und das bürgerliche Parlament hebt die Kantonalen Mindestlöhne aus. Und der Teuerungsausgleich in der AHV wird ebenfalls versenkt. Und dann: Die Menschen ächzen unter der Prämienlast. Die Bürgerlichen im Bundeshaus verschleppen wirksame Vorschläge zur sofortigen Entlastungen.

Umgekehrt: Am ersten Mai war vis-à-vis von Flavia die Credit Suisse, die wegen Gier und Missmanagement ins Straucheln kam. Was macht die Politik: Sie stellt 259 Milliarden im Notrecht zur Verfügung. Bei den Banken geht es im Schnellverfahren, bei den Menschen geht nichts. Das muss ein Ende haben, soziale und linke Kräfte müssen im Kanton Bern gestärkt werden, gerade im Ständerat. Das wird nicht einfach, in St. Gallen haben wir gerade einen Sitz verloren, in anderen Kantonen ist er ebenfalls gefährdet. Hans Stöckli hat in den letzten 12. Jahren viel dazu beigetragen, dass der Ständerat etwas fortschrittlicher ist. Jetzt müssen wir an die Säcke, damit wir diesen Sitz verteidigen.

Es ist die Aufgabe der Politik, Lösungen für die Menschen zu finden, zur Teuerung, Renten, Klima. Klar ist, dass Grüne und SP Werte der Solidarität und Gleichheit vertreten, dass eine starke Linke die Menschen ins Zentrum rückt. Diese Linke verkörpert Bernhard Pulver. Er war am Ursprung der Grünen Politik. Flavia freut sich, dass er da ist.

Flavia freut sich auf einen engagierten Wahlkampf auf der Strasse und beim Apéro, bedankt sich für das Engagement und freut sich darauf.

5 NATIONALRATSWAHLEN 2023

Die Campaigner:innen für die Nationalratswahlen stellen sich vor.

Wir haben die richtigen Antworten auf die drängendsten Fragen, wir haben und hatten die Rezepte für die aktuellen Probleme. Damit wir die Wahlen gewinnen, braucht es mehr, zum Beispiel auch gute Kandidierende. Und wir haben eine herausragende Kandidatin für den Ständerat und zwei volle Nationalratsliste mit engagierten und topmotivierten Kandidierenden.

Das ist erfreulich, aber es braucht in den nächsten Monaten und alle, nicht nur an Apéros, sondern auch am Telefon und auf der Strasse. Wir wollen die Menschen an die Urne bringen, die uns gut finden: dann stehen wir am 22. Oktober als Gewinner:innen da.

Für die Basiskampagne haben wir eine Topmotiviertes und gut gestartetes Team bestehend aus Markus Müller (Region Emmental und Oberaargau), Giulio Spano (Mittelland-Süd, Bümpliz) Andrea Schnyder (Stadt Bern), Timo Junger (Oberland, Thun), Valentina Bello (Biel-Seeland, Jura BERNois) und Thomas Stucki (Mittelland-Nord).

Die anstehenden Polit-Apéros sind nicht nur wichtig und effektiv, sondern auch lustig: bitte macht mit und helft uns, eine gute Kampagne aufzugleisen. 30 Apéros stehen schon, viele mehr sollen noch folgen, Die SP ist stark durch aktive Basis, NICHT durch ein volles Portemonnaie.

6 ELTERNZEITINITIATIVE

Es ist im Raum kaum übersehbar, wir wissen, was am 18. Juni ist: Zeit für Elternzeit! Das Komitee prüfen hier die TeleBärn-Argumente der Initiativ-Gegner:innen:

Anna Tanner: *Jan Gnägis Frau ist dagegen, dass Jan gegen Elternzeit spricht. profitieren von der Elternzeit-Initiative denn nur Frauen?*

David Stampfli: Frauen sind für das Thema affiner. Im Grossen Rat sind die EVP-Frauen dafür, die Männer dagegen. Erfreulicherweise haben die EVP-Frauen die Männer überstimmt: Die EVP hat die JA-Parole gefasst.

Anna: *Wegen unserem guten Komitee?*

David: Im Komitee ist Barbara Streit (EVP), Brigitte Hilty-Haller (GFL), die TravailSuisse, und der Verband der Hebammen vertreten.

Anna: *Kinder machen ist einfach, Kinder haben ist schwer. Ist Kinder haben nicht Privatsache*

David: Das ist ein Zitat aus dem Grossen Rat, von SVP-Grossrätin Andrea Pieren. Kinder sind wichtig für die Gesellschaft. Damit sich junge Paare entscheiden, Eltern zu werden, muss die Vereinbarkeit verbessert werden, am besten zu Beginn. Da hilft die Elternzeit.

Anna: *Wir stehen kurz vor der Abstimmung: warum ist die Vorlage wichtig?*

Maurane Riesen: Für Familien, vor allem Familien in den ersten Monaten. In erster Linie für die Mütter, aber auch Väter. Mehr Unterstützung mindert das Risiko einer postpartalen Depression, die gibt es übrigens auch bei Männern. Zudem ist die Bindung an beide Eltern wichtig für die Entwicklung der Kinder. Dann wegen der Chancengleichheit: viele beziehen mehr als die offiziellen 14 Wochen Mutterschaftsurlaub, das geht aber nur, wenn es eben möglich ist, also, wenn sie genügend reich sind, um unbezahlten Urlaub zu nehmen. Insgesamt werden so die Väter mehr einbezogen, es gibt ein ausgeglicheneres Verhältnis zwischen den Eltern und die mütter können rascher wieder zurück in die Erwerbsarbeit.

Eine Elternzeit ist denn auch gut für die Wirtschaft: Der Fachkräftemangel ist belegt. Die Elternzeit kann dem entgegenwirken. Wenn die Frauen rascher wieder anfangen zu arbeiten, steigt die Erwerbsquote. Das generiert auch zusätzliche Steuereinnahmen für den Kanton Bern.

Heute ist der Kanton Bern nicht sehr progressiv, aber mit der Elternzeit haben wir die Chance, ein solche einzunehmen. Das wäre auch ein Standortvorteil gegenüber anderen Kantonen.

Anna: Was können wir denn jetzt noch tun?

Clara Wyss: Mit der Sektion auf die Strasse gehen und Flyern, Werbung im Umfeld machen. Manchmal kommt es zu schwierigen Fragen, aber jetzt sind die Anwesenden ja geschult. Immer ein gutes Mittel sind Leser:innenbriefe. Diese werden von den Zeitungen gerne angenommen und sehr gut gelesen. Aber am wichtigsten ist es, im persönlichen Umfeld noch einmal die Werbetrommel zu rhren.

Parolenfassung:

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole

Abstimmung: Der Parteitag fasst einstimmig die JA-Parole.

7 PAROLEN ABSTIMMUNGEN 18.06.2023

7.1 OECD-Mindeststeuer

Nationalrätin **Tamara Funicello** stellt die Haltung der GL vor.

Die Vorlage ist manchmal kompliziert zu erklären. Man will uns glauben machen, es ist am einfachsten, dem Bundesrat zu folgen. Aber eigentlich ist gar nicht so kompliziert, es geht um Prinzipien: wer zahlt und wer kriegt das Geld?

Das Ziel einer Mindeststeuer ist gut, wir setzen uns seit Jahren dafür ein, weil sie ein Gegenmittel gegen den ruinösen Steuern Wettbewerb zwischen den Ländern ist. Seit den 1980er Jahren wurden die Steuersätze für Konzerne um rund die Hälfte gesenkt, weil sie nicht in den Produktionsländern Steuern bezahlen, sondern dort wo sie am wenigsten bezahlen. Dadurch entsteht ein Race to the bottom. Viele Länder können sich das nicht leisten, dieser Abbau zerstört Steuersubstrat. Die Folge ist kein Service Pub, keine Bildung, keine öffentliche Gesundheitsversorgung.

Und die Konzerne sind dort, wo sie am wenigsten Steuern bezahlen, beispielsweise in der Schweiz und dort besonders gerne in Zug. Die Schweiz profitiert, letztes Jahr betrugen die Steuereinnahmen durch diese Konzerne rund 111 Milliarden CHF, eine riesige Zahl. Dieser Betrag fehlt den Menschen im globalen Süden. Das wird unterdessen anerkannt: 137 Staaten finden, dass es eine globale Mindeststeuer braucht. Betroffen sind grosse Unternehmen mit Milliarden Umsatz pro Jahr, der Steuersatz beträgt 15% auf den Umsatz. Eigentlich ist das zu tief, aber zumindest ein Schritt in die richtige Richtung, den auch die SP begrüsst.

Wir empfehlen trotzdem die Nein-Parole. Weshalb? Weil Teufel im Detail liegt: Die heutige Vorlage führt nicht zu einer Steigerung der Kaufkraft. Die Mehreinnahmen fliessen zurück zu den Unternehmen und Reichen. Die Steuereinnahmen in der Schweiz werden zwar höher, aber sie gehen via Rückverteilung vor allem an die Tiefsteuerkantone: Zug und Basel-Stadt, andere Kantone profitieren wenig oder fast gar nicht. Das ist nicht fair. Hinzu kommt: Diese beiden Kantone haben schon angekündigt, wie sie die Mehreinnahmen einsetzen wollen. Nicht für den Service Public, die Bildung, Löhne oder eine Elternzeit, nein. Sie wollen die Steuern von reichen Managern senken, um Standortwettbewerb zu machen. Also wollen sie indirekt die Steuern der Unternehmen weiter senken. Das ist nicht das Ziel dieser Vorlage. Das Ziel ist, die Kaufkraft hier und im Globalen Süden zu steigern. Das wollen die Kantone mit ihrem Vorgehen unterlaufen. Wir können das besser! Die OECD-Steuer kommt sowieso, sie ist ein internationales Instrument. Aber wir können sie besser umsetzen. Darum empfiehlt die Geschäftsleitung die NEIN-Parole.

Parolenfassung:

Antrag GL: NEIN-Parole

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst die NEIN-Parole bei 4 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen.

7.2 Klimaschutzgesetz

Nationalrätin **Nadine Masshardt** stellt die Haltung der GL vor.

Bei der Vorlage handelt es sich um den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative. Die SVP will diese zusammen mit der Öl- und Gaslobby verhindern.

Es ist an unserer Generation, unseren Kindern und Grosskindern eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Die Veränderungen sind bereits vielerorts spürbar. In den Ständen wird es heisser, das Wasser wird knapper und die Böden trocknen aus. Gesundheit und Biodiversität leiden, Arbeitsplätze geraten unter Druck, v.a. im Tourismus. Dem Alpenland Schweiz droht eine doppelt so starke Erwärmung als der weltweite Durchschnitt.

Die Fossilen sind untrennbar mit der Klimaerwärmung verknüpft. Bisher hatte die Lobby immer mit allen Bürgerlichen im Schlepptau. Wir kaufen Gas, Öl Uran von Autokraten, jährlich im Wert von acht Milliarden Franken! So sind wir erpressbar. Wir brauchen eine Änderung fürs Klima, aber auch für den Frieden. Wir müssen besser bei uns investieren und die eigene Wirtschaft ankurbeln. Die Energiewende schafft nämlich auch Arbeitsplätze.

Genau dort setzt das Klimaschutzgesetz an: Es funktioniert ohne Verbote und teurerer Energie, aber setzt dennoch klare Ziele. Zum Beispiel gibt es 10'000 CHF pro Öl- und Elektroheizung, die ersetzt wird. In den nächsten zehn Jahren werden zwei Milliarden Fördergelder zur Seite gelegt. Dieser Punkt orientiert sich am Berner Modell und wurde auf Antrag der SP ergänzt. Mit dem Heizungsersatz profitieren Mietende von tieferen Nebenkosten. Für neue Technologien stehen jährlich weitere 200 Millionen zur Verfügung. Das Klimaschutzgesetz ist sehr breit abgestützt: alle Parteien ausser der SVP sind dafür, sehr viel Verbände, inklusive dem nationalen Bauernverband. Es ist eine absolut entscheidende Vorlage. Dennoch braucht es das Engagement von uns allen. Nadine dankt jetzt schon für den Einsatz für das wichtige JA.

Parolenfassung:

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole

Abstimmung: Der Parteitag fasst einstimmig die JA-Parole.

7.3 COVID-19-Gesetz

Nationalrat **Matthias Aebischer** hält sich sehr, sehr kurz: wir haben schon zweimal über das COVID-Gesetz abgestimmt, jetzt gibt es eine dritte Runde. Das COVID-19-Gesetz soll bis im Sommer verlängert werden, damit bei einer allfälligen weiteren Welle die nötigen Schritte umgesetzt werden können.

Im Nationalrat war nur eine Partei dagegen, die SVP. Im Ständerat nur eine einzige Person: Werner Salzmann. Matthias hingegen empfiehlt ein JA am 18. Juni.

Parolenfassung:

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole

Abstimmung: Der Parteitag fasst die JA-Parole bei einer Gegenstimme.

7.4 Kantonale Schuldenbremse

Grossrätin Maurane Riesen stellt die Anpassung der Berner Schuldenbremse vor. Es handelt sich um eine minime Lockerung der aktuell sehr strengen Regelung. Wir hätten lieber mehr gehabt, aber dieser Kompromiss ist besser als nichts.

Neu soll eine Mehrjahresbetrachtung ermöglicht werden. So sind zukünftig Grossinvestitionen möglich trotz der kantonalen Schuldenbremse. Das ist sehr wichtig, weil viele Projekte laufen und ein grosser Investitionsbedarf besteht. Heute dürfen Finanzüberschüsse nur zur Schuldentilgung verwendet werden. Wenn die Anpassung genehmigt wird, kann zukünftig geschaut werden, ob der Überschuss der letzten Jahre die aktuellen Mehrausgaben deckt.

Der Grosse Rat hat der Vorlage zugestimmt, einzig FDP und EDU waren dagegen. Für die SP ist dieser Vorschlag weit weg von einer Ideallösung, aber immerhin ein Schritt in die richtige Richtung.

Parolenfassung:

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole

Abstimmung: Der Parteitag fasst die JA-Parole einstimmig bei einer Enthaltung.

8 FINANZGESCHÄFTE

8.1 Bericht Geschäftsprüfungskommission

GPK-Mitglied **Katrin Meister** stellt den Bericht der GPK vor. Er wurde zudem in den Unterlagen verschickt.

2022 setzte sich die GPK aus Angelika Neuhaus, Regina Fuhrer-Wyss, Marcel Steinmann, Martin Wiederkehr, Katrin Meister sowie Barbara Egger-Jenzer zusammen. Leider ist Marcel per Anfang 2023 zurückgetreten, wir suchen eine Nachfolge. Die GPK traf sich 2022 zu zwei Sitzungen sowie einem Treffen mit dem Parteipräsidium und dem Sekretariat. Die Zusammenarbeit mit beiden funktioniert sehr gut, die GPK ist bestens informiert und ihre Fragen werden schnell und kompetent beantwortet. Ebenso bei der Revision der Jahresrechnung: Die Fragen beantwortet, die GPK hat die Rechnung für gut befunden. Katrin dankt Karin Amatucci und David Stampfli für die guten Auskünfte und die gewissenhafte Buchführung. Letztes Jahr hat die GPK zudem viele Statuten angeschaut, da es zu verschiedenen Sektionszusammenschlüssen kam, brauchte es vermehrt neue Statuten.

Zudem geht der Dank an Partei- und Geschäftsleitung für die immer sehr gute Zusammenarbeit. Die GPK-Mitglieder freuen sich, wenn es nächstes Jahr wieder ruhig verläuft.

8.2 Jahresrechnung und Bilanz 2022

Parteisekretär **David Stampfli** stellt den Bericht vor, er wurde auch in den Unterlagen verschickt.

Die Jahresrechnung 2022 schliesst mit einem Gewinn von CHF 560.99 ab. Sowohl der Ertrag wie auch der Aufwand liegen über dem Budget. Aufgrund des deutlichen besseren Ertrags ist es möglich CHF 10'000 weniger dem Wahlfonds zu entnehmen. Im Wahlfonds sind nun per 31.12.2022 insgesamt 650'000 Franken. Damit können wir bei den Wahlen 2023 aus dem Vollen schöpfen.

Die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen sind stabil. Dennoch müssen wir unsere Anstrengungen bei der Mitgliedergewinnung und -betreuung weiter hochhalten. Die Mitgliederbeiträge sind einer der wichtigsten Finanzierungspfeiler unserer Partei. Beim Solidaritätsbeitrag erhielten wir deutlich mehr Mittel als erwartet. Auch das Fundraising der SP Schweiz lief besser als budgetiert. Und auch die Mandatsabgaben liegen über den Erwartungen. Dies ist aber auf übliche Schwankungen zurückzuführen. An dieser Stelle einmal mehr ein grosser Dank an alle Mandatär:innen unserer Partei sowie die vielen Spender:innen, welche unsere politische Arbeit überhaupt erst möglich machen.

Die Ausgaben liegen ebenfalls über dem Budget. Dies liegt vor allem an den kantonalen Wahlen 2022 und den Vorbereitungen der eidgenössischen Wahlen 2023. Da schon während dem Jahr 2022 absehbar, dass wir höhere Einnahmen haben werden, wurden zusätzliche Ausgaben für die Wahlen beschlossen. Die restlichen Ausgaben entsprechen den Erwartungen.

Die Jahresrechnung und die Bilanz 2022 sind vom Revisionsteam Katrin Meister und Martin Wiederkehr am 14. Februar 2023 geprüft worden und wird zur Genehmigung empfohlen.

Abstimmung: Der Parteitag genehmigt Rechnung und Bilanz 2022 einstimmig und erteilt den Organen die Décharge.

8.3 Finanzplan 2024-26 und Festsetzung der Mitgliederbeiträge

Der Finanzplan zeigt für die Planungsperiode 2024-2026 einen ausgeglichenen Finanzhaushalt. Gegenüber der Rechnung 2022 gibt es für die Planjahre 2024-2026 keine grossen Veränderungen. Für die kommenden Wahlen konnten genügend Rückstellungen in den Wahlfonds eingeplant werden. Der kantonale Mitgliederbeitrag kann somit unverändert bei CHF 43.-/Jahr bleiben. Insgesamt dürfen wir unsere Finanzlage weiterhin als gut bezeichnen.

Abstimmung: Der Parteitag genehmigt den Finanzplan 2024-26 sowie den Mitgliederbeitrag von 43 CHF einstimmig.

9 GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

Leider kommen wir nun zu einer Verabschiedung. Marcel Steinmann wurde am 28. Oktober 2021 in die GPK gewählt und hat seine Arbeit sehr gewissenhaft erledigt. Er hat das Amt ernst genommen, das zeigt sich daran, dass er nun aufgrund eines Gewissenskonflikts aus dem Gremium zurücktritt.

Die Geschäftsleitung dankt Marcel für sein Engagement und überreicht ihm ein Geschenk.

Die Ersatzwahl wird auf den Parteitag vom 2. September vertagt.

10 RESOLUTIONEN

Resolution der SP Langenthal:

«Für eine soziale Krankenkasse mit bezahlbaren Prämien

Die SP Kanton Bern wird aufgefordert, einen neuen Anlauf für eine Einheitskrankenkasse zu machen.

Die von der SP Schweiz lancierte Initiative für bezahlbare Prämien, welche voraussichtlich nächstes Jahr zur Abstimmung kommt, nimmt zwar eines der Probleme ins Visier, indem die Prämienlast auf höchstens zehn Prozent des Haushaltseinkommens begrenzt werden soll (heute oft bereits über 20%). Die hohen Prämien seien nicht gerechtfertigt, da diese schneller wachsen als die Gesamtkosten, begründet sie dies. Die Kosten dieser «Prämienexplosion» würden auf die privaten Haushalte abgewälzt, sagte dazu der Zürcher Nationalrat Angelo Barrile (SP).

Wir können dieser Argumentation nur beipflichten. Unser Ansatz: die Anliegen müssen parallel weitergeführt werden, mit dem Ziel, die Prämien für Familien und Kleinverdiener:innen zu deckeln und gleichzeitig die Kosten mit der neu zu schaffenden Einheitskasse in den Griff zu kriegen.

Die SP muss aktiv werden

Wir fordern die SP Kanton Bern auf, das Anliegen für eine Einheitskrankenkasse wieder aufzunehmen und mit geeigneten Bündnispartner:innen eine neue Initiative «für eine soziale Krankenkasse» zu lancieren. Es muss gelingen, den Krankenkassendschungel durch eine Kassenstruktur nach dem Vorbild der SUVA zu ersetzen. Der unsinnige Konkurrenzkampf, der im Gesundheitswesen als mächtiger Kostentreiber wirkt, muss gestoppt werden. Die Initiative greift ein altes Anliegen der Gewerkschaften (und der SPS) halt relativ schnell wieder auf. Trotzdem glauben wir, dass die Zeit für einen neuen Anlauf reif ist. In vielen Kantonen (gerade auch im Kanton Bern) werden Sparpakete geschnürt, die insbesondere die Schwächeren ins Mark treffen werden. Mit der Initiative glauben wir, die daraus resultierenden Kräfte in geeigneter Form aufnehmen, und für unsere Ziele nutzbar machen zu können.

Argumente dafür (es sind die alten aber sie gelten nach wie vor):

- Eine Zusammenlegung und Harmonisierung bei der Grundversicherung wird die Krankenkassenprämien senken und Kosten reduzieren.
- Die vielen (zu) gut bezahlten CEOs, Verwaltungsrät:innen und Manager:innen der zahlreichen privaten Krankenkassen in der Schweiz werden bei einer Einheitskasse überflüssig.
- Die Einflussnahme der vielen Lobbyist:innen und Parteien auf die Höhe der Krankenkassenprämien wird überflüssig.
- Rechnungsvergleiche für ein und dieselbe Leistung werden allesamt vereinfacht.
- Keine Prämienunterschiede mehr in der Höhe von mehrere Tausend Franken für ein und dieselbe Leistung – da der Wettbewerb wegfällt.

- Enorme Zeit- und Nerveneinsparungen – da die jährlichen mühsamen Krankenkassen- und Prämienvergleiche entfallen.

Die vorliegende Resolution wurde von der Hauptversammlung der SP Langenthal am 10. März 2023 einstimmig verabschiedet.»

Paul Bayard, SP Langenthal, stellt die Resolution vor.

Die Resolution ist bereits länger in Arbeit. Nun, mit der Ankündigung der sprunghaften Prämienerhöhungen, hat die SP Langenthal entschieden, sie der Kantonalpartei vorzulegen.

Das Ziel ist, dass die Kantonalpartei das Anliegen bei der SP Schweiz einbringen. Die kantonale Ebene ist für dieses Projekt nicht geeignet. Parallel dazu wurde die gleiche Resolution beim Gewerkschaftsbund Ob- und Nidwalden eingereicht, wo es an GKB und SGB weitergezogen wird.

Inhaltlich geht es darum, auf nationaler Ebene eine Einheitskrankenkasse nach dem Modell der SUVA für die Grundversicherung zu kreieren.

Co-Präsidentin **Anna Tanner** dankt Paul und der SP Langenthal. Die Geschäftsleitung hat das Anliegen diskutiert. Das Thema ist sehr wichtig, wir könnten und auch kantonal ähnliche Projekte vorstellen. Es ergibt aber sehr viel mehr Sinn, wenn wir das Anliegen bei der SP Schweiz einbringen. In dem Sinn empfiehlt die Parteileitung dem Parteitag, die Resolution anzunehmen.

Abstimmung:

Empfehlung GL: Annahme der Resolution.

Abstimmung: Der Parteitag nimmt die Resolution einstimmig bei zwei Enthaltungen an.

11 VERSCHIEDENES

David Stampfli weist auf die Elternzeit-Buttons auf den Tischen hin. Diese sollen mitgenommen und angesteckt werden. Auch die Allwetterplakate, wenn auch nicht ganz so handlich, können gerne mitgenommen werden. Sie sind an den Balkonen der Delegierten besser aufgehoben als im Sekretariat.

12 SCHLUSS DES PARTEITAGES

Vizepräsident **Michael Grossenbacher** schliesst den Parteitag.

«Es herrscht Wahljahr. Wobei man doch eher von einem Stimmjahr sprechen müsste. Alles dreht sich um Stimmen. Wir weibeln darum mit leiser Stimme und vielfach hoffentlich auch lauter Stimme. Auch wenn der Fraktionschef ausgerechnet die Wahlen zu den Stimmzähler:innen als Kein-Höhepunkt bezeichnet hat, so hat kurz darauf der Parteisekretär bewiesen, dass selbst eine Flüsterstimme hörbar sein kann, wenn man die Stimme durch ein Mikrofon verstärken lässt. Wobei hier in diesem Saal die Stimmen per Mikrofon auch schon schlechter zu hören waren.

Mit einem Meer von roten Stimmkarten haben wir der Elternzeit unsere einstimmige Unterstützung gegeben. Wobei der Titel der Initiative eigentlich gar nicht stimmt. Es ist doch letztlich eine Kinder-Initiative. Von der Elternzeit profitieren doch unsere Kleinsten, welche selber zwar eine durchaus laute Stimme haben können und doch bislang zu wenig gehört werden.

Im Stimmjahr geht es auch um das Klimagesetz. Höre ich die Stimmen der Gegnerinnen und Gegner denke ich mir immer wieder, „das stimmt doch nicht“. Autos verbieten und ähnlichen Müll - manchmal denke ich mir, die stimmen doch.

Umso mehr müssen wir alle mit bestimmten Stimmen im Stimmjahr auftreten, weil unser Einsatz bestimmend sein wird, damit es bestimmt nicht schlecht rauskommt. Stimmt es denn, dass jede einzelne Stimme zählt? Ja, bestimmt. Darum haben wir uns heute auf ein weiterhin intensives Stimmjahr eingestimmt,

damit wir stimmungsvoll erfolgreich sein werden. Ob das richtige Rezept nun ein grünes Pülverchen oder ein roter Wasserfall ist, bleibt euch überlassen. Die Kombination von beidem dürfte jedoch auch hier stimmig sein.

Für heute ist nun ausgemittelt. Bestimmt wollt ihr auch mal nach Hause. Dem stimme ich gerne zu. Uf wiederstimme mitenang.»

Der nächste Parteitag findet am 02.09.2023 in Bern statt.

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluss des Parteitags 20.45.

Für das Protokoll

A handwritten signature in black ink, reading "Zora Schindler". The script is cursive and fluid.

Zora Schindler

- StimmenzählerInnen
- Mandatskontrolle